

Schulpolitik

Länger gemeinsam lernen

Nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlkämpfen steht Bildung weit oben auf der politischen Agenda. Trotzdem liegt im deutschen Schulsystem immer noch einiges im Argen, bestimmt der soziale Hintergrund weiterhin die Bildungschancen in erheblichem Maß. Die Gewerkschaften fordern deshalb „eine Schule für alle“. Warum, erklärt DGB-Schulexperte Ulrich Nordhaus.

Die Bilanz unseres Schulsystems ist ernüchternd: Einige sammeln Zeugnisse und Diplome, **andere sammeln Niederlagen** – je nach sozialer Herkunft. In politischen Debatten hört sich das natürlich ganz anders an: Lernen muss frühzeitig beginnen, Kinder müssen individuell gefördert und ihre Leistungsbereitschaft gestärkt werden. Solche Forderungen fehlen in keiner Rede zur Schulpolitik und sollen offenbar pädagogischen Sachverstand unter Beweis stellen.

Bildung wird als volkswirtschaftliches Kapital herausgestellt, das allerdings bei klammen öffentlichen Kassen stärkere finanzielle Eigenleistung erfordere. **Wer die Finanzierungsfrage verstecken will**, spricht stattdessen von Stärkung der Eigenverantwortung. Gemeint ist natürlich der Griff ins Portemonnaie der Eltern. Kindergartenbeiträge werden erhoben und Leihgeld für Schulbücher eingeführt. Zur Forderung nach mehr Eigenverantwortung gesellt sich dann auch noch die nach mehr Eigeninitiative der Eltern: Fördervereine gründen und Klassenräume streichen.

Nichts gegen Initiative und Verantwortung, wenn sie nicht gleichzeitig zur zunehmenden Privatisierung bislang steuerfinanzierter Ausgaben führt. Der jüngste Coup: Um die öffentlichen Haushalte zu entlasten und der Wirtschaft schneller den Nachwuchs zur Verfügung zu stellen, wurde die gymnasiale Schulzeit auf acht Jahre verkürzt. Das erhöhe die internationale Wettbewerbsfähigkeit und erspare einige Millionen Euro jährlich, so die Argumentation.

Im heutigen Bildungssystem bestehen vor allem die Kinder, die intensive Unterstützung erhalten. **Über drei Milliarden Euro** legen Deutschlands Eltern jährlich **für den Nachhilfeunterricht** auf den Tisch. Nachhilfeschüler kommen aus jeder Altersstufe – schon Grundschüler nehmen Extrastunden, um die Empfehlung für das Gymnasium zu schaffen. Inzwischen hat sich neben den öffentlichen Schulen ein privates Nebenschulsystem etabliert. Ein lukrativer Markt für die rund 4000 Nachhilfeinstitute. Und wenn es im öffentlichen Schulsystem nicht klappt, geht es für privilegiere Kinder ab zur Privatschule. Knapp 640 000 junge Menschen besuchten im Schuljahr 2005/06 eine allgemein bildende Schule in freier Trägerschaft. Im

Schnitt öffnet in Deutschland eine Privatschule pro Woche ihre Pforten.

Der Siegeszug der Privaten **unterstützt die Spaltung eines ohnehin schon ungerechten Bildungssystems** in Arm und Reich: Der Staat ge-



Ulrich Nordhaus, 47, ist als Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Schulpolitik und koordiniert die gewerkschaftliche Initiative „Schule und Arbeitswelt“.

währleistet nur noch eine mehr schlechte als rechte Grundversorgung, für alles Weitere müssen die Eltern selbst zahlen.

Die soziale Herkunft, insbesondere der Bildungsgrad der Eltern, **entscheidet in Deutschland noch immer über den Bildungsweg** und darüber, wer ein Studium aufnimmt oder nicht. Im Jahr 2005 schafften 83 von 100 Akademiker-Kindern den Sprung an die Hochschule, aber nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition.

Beim Blick auf die erfolgreichen PISA-Länder fällt auf, dass gerade die Schulsysteme die besten sind, in denen leistungsstärkere und leistungsschwächere Schüler möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden: eine integrative Schule, in der nicht so früh selektiert wird wie in Deutschland.

DGB und Gewerkschaften fordern seit langem „eine gute Schule für alle“ – und stehen damit längst nicht mehr allein: Immer mehr Wirtschafts- und Bildungsexperten **erkennen die Vorzüge integrativen Lernens**. Rita Süssmuth, Jutta Allmendinger, Bernd Rürup oder Lothar Späth fordern die Abkehr von der Dreigliedrigkeit. In vielen Bundesländern wird die Strukturfrage diskutiert, in Schleswig-Holstein prägen künftig auch Gemeinschaftsschulen die Landschaft, das Ende der Hauptschule wurde in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Dass die Schulpolitik längst kein Randthema ist, hat so mancher Politiker bei den Landtagswahlen schmerzlich feststellen müssen. Langsam aber sicher kommen alle Parteien nicht um **eine ernsthafte Diskussion über die Abkehr vom selektiven Schulsystem** herum. •

Schule verbessern

Eine gute Schule für alle – dafür setzen sich auch die verschiedenen Akteure der Initiative „Schule und Arbeitswelt“ von DGB und Gewerkschaften ein. Die Initiative soll alle vernetzen, die an einer Verbesserung und Weiterentwicklung des Schulsystems interessiert sind: Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen ebenso wie GewerkschafterInnen und betriebliche Akteure.

Der Antrieb für das Engagement der Gewerkschaften in der Initiative: die Bildungsmisere nicht nur beklagen, sondern sich in die Schulpolitik einmischen und mit schulpolitischen Themen vor Ort präsent sein. Zum Beispiel mit den regionalen Arbeitskreisen „Schule und Arbeitswelt“.

Themenspektrum und Projekte der Arbeitskreise sind breit gefächert – aber immer konkret und mit Bezug zur Arbeitswelt: von Eltern als Berufswahlbegleiter bis zu Betriebsräten, die ihre Erfahrungen in den Sozialkundeunterricht einbringen.

Zu den bestehenden zehn Arbeitskreisen kommt im April ein elfter hinzu: in der DGB-Region Heilbronn-Franken.

Alle Infos zur Initiative „Schule und Arbeitswelt“ und Material zu schulpolitischen Positionen der Gewerkschaften auf:

www.schule.dgb.de